



AußenwirtschaftsNews – China

05/2025

Mit unserer monatlichen Veröffentlichung *AußenwirtschaftsNews* informieren wir Sie in kompakter Form über wichtige wirtschaftliche und politische Entwicklungen auf Auslandsmärkten. Die *AußenwirtschaftsNews* gibt es derzeit für unsere Fokus-Regionen USA, Mittel- und Osteuropa sowie China.

1 Konjunktur und Wirtschaft

- Im ersten Quartal 2025 wuchs die chinesische Wirtschaft offiziellen Angaben zufolge um 5,4 Prozent gegenüber dem Vorjahresquartal. Das hohe Wachstumstempo des vierten Quartals 2024 (+5,4 Prozent) konnte demnach beibehalten werden. Insgesamt weist China ein stabiles Wirtschaftswachstum auf – wenn auch auf niedrigerem Niveau als in den 2000er und 2010er Jahren.
- Verantwortlich für das stabile Wachstum war erneut eine dynamische Entwicklung der Industrieproduktion. Im März 2025 lag der industrielle Output um 7,7 Prozent höher als im Vorjahresmonat. In den Monaten Januar und Februar lag das Plus gegenüber dem Vorjahreszeitraum bei ebenfalls starken 5,9 Prozent.
- Die Industriebetriebe profitierten dabei von einer höheren Auslandsnachfrage. Die Exporte Chinas lagen im März um 12,4 Prozent über dem Niveau des Vorjahres. Im April lag das Plus bei 8,1 Prozent. Viele Analysten hatten ursprünglich, aufgrund des Handelskrieges mit den USA, für April einen Einbruch erwartet. Zwar gingen die Exporte in die USA um über 20 Prozent zurück. Zugleich stiegen die Ausfuhren in die ASEAN-Staaten, die EU und nach Japan kräftig an. Viele der zusätzlich in diese Regionen exportierten Produkte dürften in den kommenden Monaten in den USA ankommen.
- Dass die wirtschaftliche Dynamik anhält, ist zugleich unwahrscheinlich. Die Vorzieheffekte aus den USA werden mit der Zeit auslaufen und auf die Industrieproduktion in China durchschlagen. Der Einkaufsmanagerindex für die chinesische Industrie ging im April bereits deutlich zurück auf nur noch 49 Punkte und lag damit wieder unter der Wachstumsschwelle von 50 Punkten. Besonders deutlich gingen die Auslandsaufträge zurück – der dazugehörige Teilindex sank von 49 Punkten im März auf nur noch 44,7 Punkte im April.
- Die vorläufige Einigung im Zollstreit zwischen den USA und China bedeutet für die Wirtschaft in China zwar eine Verbesserung im Vergleich zum ursprünglichen Szenario. Aber selbst mit den neu verhandelten (Übergangs-)Zöllen verliert China neuesten Berechnungen des IfW Kiel zufolge ein halbes Prozent an Wirtschaftswachstum.

- Zusätzlich bleibt das Verbrauchervertrauen in China schwach. Hauptursache für die Unsicherheit der Verbraucher bleibt, neben dem Zollstreit mit den USA, die noch immer schwelende Immobilienkrise. Die Immobilienpreise in vielen Regionen Chinas stehen weiter unter Druck und bedrohen damit die Altersvorsorge großer Teile der Bevölkerung.
Die Regierung intensivierte deshalb zuletzt ihre Bemühungen, die Binnennachfrage anzukurbeln. Umgesetzt oder noch geplant sind Maßnahmen wie Steuerentlastungen, Wohnungsreformen und höhere Kinderbetreuungszuschüsse sowie eine Ausweitung der Subventionen für den Technologiesektor. Zusätzlich sollen besonders stark von US-Zöllen betroffenen Unternehmen und Arbeitnehmer unterstützt werden.
- Die Zentralbank hat außerdem die Geldpolitik gelockert, um dem Finanzsystem mehr Liquidität zu verschaffen und Investitionen zu erleichtern.
- Dass diese Maßnahmen ausreichen, um die Verwerfungen in Folge des Handelskonflikts sowie die hohe Unsicherheit unter Verbrauchern und Unternehmen zu kompensieren, gilt jedoch als unwahrscheinlich.

2 Handels- und Zollpolitik

- Die USA und China haben sich auf eine [Senkung gegenseitiger Zölle](#) geeinigt. Die USA setzen 24 Prozentpunkte der sogenannten reziproken Zölle auf chinesische Importe für 90 Tage aus, behalten 10 Prozentpunkte bei und schaffen die restlichen reziproken Zölle ab. Die Zusatzzölle von 20 Prozent auf chinesische Importe, die aufgrund der Fentanyl-Krise verhängt wurden, gelten fort. Somit bleibt ein Zusatzzoll von 30 Prozent auf chinesische Importe. China setzt ebenfalls 24 Prozentpunkte seiner Gegenzölle auf US-Importe für 90 Tage aus und behält 10 Prozentpunkte seiner Gegenzölle bei. Alle anderen Zusatzzölle werden entfernt. Somit bleibt ein Gegenzollsatz von 10 Prozent auf US-Importe. Zudem wird China alle administrativen Schritte ergreifen, um seine nichttarifären Maßnahmen entweder auszusetzen oder zu entfernen, die es seit dem 02. April 2025 gegenüber den USA anwendet. Demnach müssten die Ausfuhrkontrollen auf schwere Seltene Erden ausgesetzt oder beendet werden.
- Zuvor hatte China einige [schwer ersetzbare US-Produkte](#) wie Halbleiter und Anlagen für die Chipherstellung, medizinische Produkte und Flugzeugteile stillschweigend von seinen Gegenzöllen ausgenommen.
- Die EU hat [gegen einen Bericht des Streitschlichtungs-Panels der WTO Berufung eingelegt](#), da sie mit China uneinig über die Einklagbarkeit geistiger Eigentumsrechte ist. Zwar bestätigte das WTO-Panel teilweise die EU-Kritik an Chinas intransparenten und einschränkenden Politik, entschied aber, dass das TRIPS-Abkommen europäische Unternehmen nicht erlaubt, die Umsetzung des Abkommens vor europäischen Gerichten einzuklagen. Die EU widerspricht dem und legt daher Berufung ein.
- Am 28. April 2025 hat die EU-Kommission [endgültige Ausgleichszölle auf die Importe mobiler Zugangs-ausrüstung aus China](#) verhängt. Unter mobilem Zugang versteht man die Verwendung eines mobilen Geräts, um Zugang zu gesicherten Türen, Netzwerken

etc. zu erhalten. Die Maßnahme folgt einer Untersuchung, die ergab, dass chinesische Anbieter Subventionen z. B. in Form von Steuererleichterungen erhalten. Die Ausgleichszölle liegen zwischen 7,3 Prozent und 14,2 Prozent. Sie kommen zu den Antidumpingzöllen hinzu, die im Januar 2025 auf Importe von mobiler Zugangs-ausrüstung aus China verhängt wurden. Die kombinierten Antidumping- und Ausgleichszölle liegen jetzt zwischen 20,6 Prozent und 66,7 Prozent.

3 Sicherheits- und Außenpolitik

- Die USA wollen mit einem [neuen Gesetz den Schmuggel von KI-Chips nach China verhindern](#). Grund hierfür ist, dass obwohl der Export von Hochtechnologie nach China bereits eingeschränkt wurde, weiterhin dorthin Nvidia-Chips gelangen. Daher müssen KI-Prozessoren künftig über eine Standortüberprüfung verfügen, die den Dienst außerhalb genehmigter Regionen unterbindet.
- China hat nach über vier Jahren die [Sanktionen gegen vier amtierende EU-Abgeordnete und einen Unterausschuss des Europaparlaments aufgehoben](#). Die Maßnahme wird von Parlamentspräsidentin Roberta Metsola als Schritt zur Wiederaufnahme des parlamentarischen Dialogs gewertet. Dennoch bleiben einige ehemalige Abgeordnete sowie Akteure wie der ThinkTank Merics weiterhin sanktioniert. Die EU hält sich bedeckt – weder aus Brüssel noch aus Peking liegen klare Erklärungen vor. Kritisiert wird besonders die Intransparenz des Entscheidungsprozesses. Eine echte Verbesserung der EU-China-Beziehung zeichnet sich nicht ab.
- Die USA haben [Sanktionen gegen mehr als 20 Unternehmen](#) verhängt, die laut dem Office of Foreign Assets Control an einem Netzwerk beteiligt sind, das iranisches Öl nach China geliefert hat. Die Einnahmen aus diesem Geschäft sollen u. a. das iranische Raketen- und Drohnenprogramm finanziert haben. Betroffen sind mehrere Unternehmen aus der Volksrepublik China und Hongkong.
- Nach Angaben von Reuters erhält [Volkswagen Magnete aus China, die spezielle seltene Erden enthalten](#). Für deren Ausfuhr ist seit dem 04. April 2025 eine Genehmigung vom chinesischen Handelsministerium nötig.

4 Wirtschaftspolitik

China plant eine [weitere Öffnung des Dienstleistungssektors für ausländische Investoren](#), um angesichts globaler protektionistischer Tendenzen das Konsumentenvertrauen zu stärken. Die Zahl der Branchen in ihrer Negativliste wurde von 117 auf 106 reduziert. Reformen betreffen unter anderem die Telekommunikation, das Gesundheitswesen, Finanzen, den Tourismus und das Transportwesen. Während diese Sektoren in Teilen geöffnet wurden, kamen neue Einschränkungen etwa für den Betrieb von UAVs hinzu.



5 Internationale Beziehungen

China baut seinen Einfluss in Lateinamerika aus. Beim [China-CELAC-Forum](#) versprach Xi Jinping neue Kredite über 66 Milliarden Yuan (ca. 8,2 Milliarden Euro), mehr Infrastrukturprojekte, verstärkte Einfuhr lateinamerikanischer Waren nach China sowie eine Visa-Freistellung für Bürger aus Brasilien, Argentinien, Chile, Uruguay und Peru. CELAC ist die Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten.

Ansprechpartner

Tatjana Vargas

Volks- und Außenwirtschaft

Telefon 089-551 78-442
tatjana.vargas@vbw-bayern.de
www.vbw-bayern.de

Elias Kerperin

Volks- und Außenwirtschaft

Telefon 089-551 78-422
Elias.kerperin@vbw-bayern.de
www.vbw-bayern.de

Hinweis:

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich ohne jede Diskriminierungsabsicht grundsätzlich auf alle Geschlechter.